

**Antragsbuch
zum Bezirksparteitag der FDP OWL
09.März.2024**

Antragsverzeichnis

A01: „ERPRESSUNGSPOTENTIAL VON SPARTENGEWERKSCHAFTEN BEENDEN“	3
A02: „ABLEHNUNG DER GRÜNDUNG DER HAINAN BIELEFELD UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES (BIUH) IN CHINA“	4
A03: „STREIKRECHT REGULIEREN & VERLÄSSLICHKEIT SICHERSTELLEN“	6
A04: „BEZAHLKARTE STATT BARGELD FÜR ASYLBEWERBER – RECHTSSTAATLICH, KONSEQUENT UND EINHEITLICH“	8
A05: „LASST VERNUNFT WALTEN – RATIONALES WOLFSMANAGEMENT“	11
A06: „EINKOMMENSSTEUER VEREINFACHEN – GERECHTE FLAT TAX EINFÜHREN!“	12
A07: „LANDWIRTSCHAFT IN OSTWESTFAHLEN-LIPPE“	13
A08: „BAHN IN OWL“	17
A09: „OWL ALS FREIHEITZONE FÜR BÜROKRATIEABBAU“	18
A10: „RÜCKNAHME DER SONDERUMLAGE“	19

A01: „Erpressungspotential von Spartengewerkschaften beenden“

Antragsteller: geschäftsführender Vorstand

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Erpressungspotential von Spartengewerkschaften beenden

Die fortdauernden Streiks von Spartengewerkschaften im Verkehrssektor werden zunehmend zu einem Standortrisiko für Deutschland. Sowohl bei der Deutschen Bahn als auch bei der Lufthansa führen die Streiks kleiner Gruppen (Lokführer, Piloten) dazu, dass weite Teile des Landes lahm gelegt und die Bürger in politische Beugehaft genommen werden. Die Durchsetzung von Partikularinteressen kleiner Gruppe darf nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden.

Die FDP fordert daher,

1. dass eine qualifizierte Mehrheit der Mitarbeiter eines Betriebes in einer geheimen Abstimmung sich dafür aussprechen kann, dass nicht die Gewerkschaft, sondern der Gesamtbetriebsrat mit der Geschäftsführung oder dem Vorstand über Tarifabschlüsse verhandelt. Das Betriebsverfassungsgesetz ist dahingehend zu ändern.

2. dass Streiks im Verkehrswesen nur dann zulässig sind, wenn sie mit zeitlichem Vorlauf angekündigt werden, so dass Notfallfahrpläne veröffentlicht werden können. Den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr aus 2016 folgend, soll die Vorankündigung nach Verkehrsträger differenziert erfolgen.

3. dass beim Scheitern der Tarifverhandlungen und vor der Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen die Tarifparteien zur Durchführung eines Schiedsverfahrens unter Leitung eines unabhängigen Schlichters verpflichtet sind. Bis zum Ende des Schlichtungsverfahrens herrscht dann Friedenspflicht.

Begründung erfolgt mündlich.

A02: „Ablehnung der Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in China“

Antragsteller: FDP Bielefeld

Die Hochschule Bielefeld (HSBI) plant die Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in der Volksrepublik China, konkret im Distrikt Hainan, einer chinesischen Sonderwirtschaftszone. Diese Entscheidung erregt ernsthafte Bedenken und erfordert eine klare Positionierung unsererseits. Aus folgenden Gründen lehnt die FDP OWL das Vorhaben der Hochschule (HSBI) ab:

Begründung:

1. Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit: Die Volksrepublik China unterliegt einem autoritären Regime, das die Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit stark einschränkt. Kritische Forscher und Studierende werden bedroht, verhaftet und eingeschüchtert. Die Gründung einer Hochschule in einem solchen politischen Umfeld stellt eine Gefährdung für die Freiheit der Lehre und Forschung dar.

2. Naivität und Unkenntnis: Die Annahme, dass Wissenschaftsfreiheit in der VR China gewährleistet werden könne, zeugt von großer sicherheitspolitischer Naivität und offenbart eine fundamentale Unkenntnis der Verhältnisse in diesem Land. Die kommunistische Partei Chinas verstärkt ihren Zugriff auf die Wissenschaft und kontrolliert kritische Diskurse.

3. Kritische Haltung gegenüber autoritären Regimen: Als Organisation, die sich für die Freiheit von Forschung und Lehre einsetzt, müssen wir eine klare Position gegenüber autoritären Regimen wie China und Russland einnehmen. Die Zusammenarbeit mit solchen Regimen birgt ethische und moralische Risiken und steht im Widerspruch zu unseren grundlegenden Werten und Prinzipien.

Beschluss:

1. Die Hochschule Bielefeld wird aufgefordert, die Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in China unverzüglich zu stoppen.

2. Die Hochschule Bielefeld wird aufgefordert, ihre internationalen Kooperationen und Partnerschaften kritisch zu überprüfen und sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Werten der Freiheit von Forschung und Lehre stehen.

- 1 3. Die Hochschule Bielefeld wird aufgefordert, alternative Wege zur Förderung der
- 2 internationalen Zusammenarbeit zu suchen, die nicht mit autoritären Regimen wie
- 3 China in Verbindung stehen.
- 4 Die Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in China ist
- 5 mit erheblichen Risiken verbunden und steht im Widerspruch zu unseren
- 6 grundlegenden Werten und Prinzipien. Wir fordern die Hochschule Bielefeld auf, von
- 7 diesem Vorhaben Abstand zu nehmen und sich stattdessen für Partnerschaften
- 8 einzusetzen, die die Freiheit von Forschung und Lehre respektieren und fördern.

A03: „Streikrecht regulieren & Verlässlichkeit sicherstellen“

Antragssteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe

Streikrecht regulieren & Verlässlichkeit sicherstellen

Immer häufiger legen einzelne Gewerkschaften durch zentrale Aufrufe zum Streiken in einzelnen Regionen oder dem ganzen Bundesgebiet erhebliche Teile des ÖPNV lahm. Dadurch sinkt nicht nur Akzeptanz für den ÖPNV, sondern es werden massive Fehlanreize auch für andere Kritische Infrastrukturen gesetzt. Dies gefährdet auch die Akzeptanz für das grundrechtlich geschützte Streikrecht. Um dies zu verhindern, fordert die FDP OWL:

1. **Pflicht zur Kompromissuche:** Bevor Gewerkschaften in den Streik treten können, sollte eine gesetzliche Pflicht zur Kompromissuche zwischen Arbeitgebern und -nehmern eingeführt werden. Erst wenn faire und pragmatische Verhandlungen innerhalb einiger Wochen fehlschlagen, soll der Weg zum Streik offen sein. Das Streikrecht insgesamt bedarf einer Eingrenzung.

2. **Sicherstellung eines Mindestbetriebs:** Insbesondere bei Streiks im ÖPNV ist es unerlässlich, für die Bürger einen Mindestbetrieb sicherzustellen. Daher sollen keinesfalls alle Arbeitnehmer an solch einem Streik teilnehmen dürfen, um im Fall der Fälle einen gewissen Betrieb der Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen.

3. **Transparenz und Ankündigung:** Streiks sollten in Zukunft mindestens vier Tage vor Beginn angekündigt werden. Das schafft ein gewisses Maß an Transparenz und Planungssicherheit für die Betroffenen.

4. **Weg vom Richterrecht:** Das Streikrecht ist im Wesentlichen durch richterliche Rechtsprechung geprägt und es fehlt an klaren gesetzlichen Grundlagen, die durch die Politik kontrolliert werden können. Der Bundestag muss daher gesetzgeberisch insbesondere die Grenzen des Streikrechts ausformulieren.

5. **Wildstreiks und Friedenspflicht:** Weiterhin muss es dabei bleiben, dass sog. „Wildstreiks“ – also Streiks, zu denen andere Akteure als die Gewerkschaften aufrufen – untersagt bleiben. Ebenso muss die Friedenspflicht im Sinne eines

1 Streikverbots während der Laufzeit der Tarifverträge strengstens eingehalten
2 werden.

3

4 Insgesamt fordern wir eine restriktivere Handhabe der Gewerkschaften in der
5 Ausübung des Streikrechts. Rezession und Inflation sind kein Aufruf zur
6 Arbeitsniederlegung, sondern zu Überstunden und Erfindergeist.

7

8 **Begründung:**

9 Erfolgt mündlich.

A04: „Bezahlkarte statt Bargeld für Asylbewerber – rechtsstaatlich, konsequent und einheitlich“

Antragssteller: Bezirksvorstand und Kreisverband Minden-Lübbecke

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Beschluss

Als FDP in Ostwestfalen-Lippe setzen wir uns in Land und Bund dafür ein, dass zeitnah eine Bezahlkarte für Asylbewerber eingeführt wird. Sie soll Bargeldzahlungen ins Ausland erschweren und die Attraktivität von illegaler Migration mindern.

Wir unterstützen, dass der Bund die rechtlichen Rahmbedingungen hierfür erleichtert. Die Pläne von der schwarz-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Hendrik Wüst jeder Kommune die Nutzung selbst zu überlassen, weil sich das Land nicht an den Kosten beteiligen möchte, lehnen wir entschieden ab. Ein Flickenteppich in Nordrhein-Westfalen entspricht nicht der Idee der Bezahlkarte und lässt ihre Wirkung verpuffen. Wir fordern die Landesregierung in NRW dazu auf, eine landesweit einheitliche Bezahlkarte zu garantieren und die Kommunen dabei zu unterstützen. Perspektivisch ist eine Karte wünschenswert, die zu einer Art digitalem Ausweis ausgebaut wird, der Informationen zu Identität, Qualifikationen und Aufenthaltsstatus enthält. Dieses kann sowohl den Behörden als auch den Karteninhabern eine unbürokratische Hilfe sein.

Darüber hinaus fordern wir, dass das Land Nordrhein-Westfalen seine Möglichkeiten nutzt, um nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz Asylverfahren zu beschleunigen. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass Geflüchtete für eine bessere Integration in Arbeit und Gesellschaft vermehrt zu gemeinnütziger Arbeit (Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz) verpflichtet werden. Hierzu muss

sichergestellt werden, dass Erwerbseinkommen auf die Bezahlkarte eingezahlt werden kann.

Begründung

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) hält umfassende Leistungen für Geflüchtete und Schutzbedürftige vor. Um sogenannte Drag-Effekte bzw. Pull-Faktoren zu senken und zu vermeiden, dass Sozialleistungen ins Ausland und an Schleuser überwiesen werden, kann eine Bezahlkarte für Asylbewerber einen Beitrag leisten. Das Asylbewerberleistungsgesetz gibt bereits länger die Möglichkeit, auf Sach- statt Geldleistungen zu setzen. Erste Erfahrungen mit einer Bezahlkarte gibt es bereits in zwei thüringischen Landkreisen. Dort wurde eine solche Karte abgelehnt und nur noch geduldeten Flüchtlingen angeboten. Mehr als ein Drittel derjenigen, die der Bezahlkarte im Landkreis Eichsfeld ablehnend gegenüberstanden, sind in ihre Herkunftsländer zurückgereist.

Als FDP haben wir uns schon früher dafür ausgesprochen, dass der rechtliche Rahmen hierfür von Bundesseite erleichtert wird. Ein entsprechender Gesetzesentwurf befindet sich in der Umsetzung und muss zügig beschlossen werden.

Die schwarz-grüne Landesregierung plant nach Presseäußerungen des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, dass jede Kommune selbst entscheiden soll, ob sie eine Bezahlkarte für Asylbewerber einführen möchte. Als Grund wird genannt, dass sich das Land nicht an den Kosten beteiligen möchte. Statt mit den Grünen den Konflikt zu scheuen und so einen landesweiten Flickenteppich in Kauf zu nehmen, müssen Ministerpräsident Wüst und die CDU eine landesweite Regelung schaffen.

Auch weitere Anstrengungen sind aus unserer Sicht von Nöten, um illegaler Migration etwas Wirksames entgegenzusetzen und die Akzeptanz für reguläre Arbeitsmigration und Schutzberechtigte nicht zu verspielen.

1 Die Verfahrensdauer von Asylverfahren vor Verwaltungsgerichten unterscheidet sich
2 von Bundesland zu Bundesland stark. Laut Statistik des Bundesamts für Migration
3 und Flüchtlinge (BAMF) erhält in Rheinland-Pfalz nach Bescheid ein Kläger schon
4 nach 4,7 Monaten einen Richterspruch. Im Bundesland Rheinland-Pfalz bearbeitet
5 das Verwaltungsgericht Trier zentral alle Asylklagen. Die Zuständigkeitskonzentration
6 für sämtliche Asylklagen bei einem Verwaltungsgericht ist ein beschleunigender
7 Faktor. In Nordrhein-Westfalen dauert ein solches Verfahren im Schnitt 21,5 Monate.
8 Hier besteht erhebliches Verbesserungspotential.

9
10 Nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz können Leistungsempfänger zu
11 gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten verpflichtet werden. Dies steigert die
12 gesellschaftliche und arbeitsmarktbezogene Integration. Auch hier ist Nordrhein-
13 Westfalen deutlich zurückhaltender im Vergleich zu anderen Bundesländern und
14 sollte von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch machen.

15
16 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

A05: „Lasst Vernunft walten – Rationales Wolfsmanagement“

Antragssteller: Bezirksvorstand

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Beschluss

Die FDP in Ostwestfalen-Lippe setzt sich in Land, Bund und Europa dafür ein, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, dass der Wolfsbestand analog zum Vorgehen in Skandinavien oder der Schweiz eingehegt wird. Hierzu gehört neben der Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht die Möglichkeit, bei Überpopulation Abschussquoten vorzugeben.

Zudem sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit bestimmte Gebiete raumplanerisch festgelegt werden können, in denen die Ansiedlung des Wolfs zu vermeiden ist.

Begründung

Ansiedlung und Verbreitung des Wolfs sind vor allem in entwickelten Kulturlandschaften wie in OWL mit erheblichen Nachteilen verbunden. Schäden und große Einschränkungen bei der Weidetierhaltung sowie die Notwendigkeit umfangreicher Einzäunungen der Landschaft werden immer unverhältnismäßiger. Angesichts der mittlerweile großen und arterhaltenden Population in Deutschland sind die gültigen überstrengen Schutzmaßnahmen und Restriktionen nicht mehr angemessen. Eine systematische Bejagung zur Eindämmung und regionalen Eingrenzung des Wolfvorkommens wie in Schweden oder der Schweiz dämmt die negativen Folgen einer Wolfspopulation in Deutschland ein, ohne die Art zu gefährden.

A06: „Einkommenssteuer vereinfachen – gerechte Flat Tax einführen!“

Antragssteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe

Einkommenssteuer vereinfachen – gerechte Flat Tax einführen!

Die FDP muss wieder häufiger mittelfristige Lösungen für eine faire Besteuerung der Bürger im Sinne eines einfachen, niedrigeren und gerechteren Steuersystems anbieten. Solche Substanzthemen kommen nicht nur bei Wählern gut an, wenn man glaubwürdig zu ihnen steht, sondern sind eine zentrale Frage für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Daher fordern die Freien Demokraten Ostwestfalen-Lippe:

Wir sprechen uns im Rahmen einer grundlegenden Steuerreform für die Einführung eines einstufigen Einkommenssteuertarifs aus. Diese soll in angemessen niedriger Höhe festgelegt werden. Im Gegenzug sind Steuervergünstigungen und steuerliche Ausnahmetatbestände weitestgehend abzuschaffen. Um geringe Einkommen gleichzeitig sozialverträglich zu entlasten, soll der Grundfreibetrag um einen fairen Betrag angehoben werden. Gegebenenfalls zu verzeichnende steuerliche Mindereinnahmen sind durch drastische Einsparungen in den Haushalten sämtlicher Gebietskörperschaften auszugleichen, etwa durch eine konsequente Beschränkung auf staatliche Kernaufgaben und eine Überarbeitung des sog. „Bürgergelds“.

A07: „Landwirtschaft in Ostwestfalen-Lippe“

Antragssteller: FDP Lippe

Landwirtschaft in Ostwestfalen-Lippe

- a) Die FDP OWL unterstützt die Landwirtschaft in der Region, die als prägender Wirtschaftszweig in OWL eine wesentliche Rolle im ländlichen Raum spielt. Kernaufgabe der Landwirtschaft vor Ort ist die Sicherung der Ernährung und die Pflege und der Erhalt von Natur und Umwelt. Zahlreiche Branchen und Handwerksbetriebe in OWL arbeiten eng mit der Landwirtschaft zusammen und profitieren von deren Arbeit. Die Rahmenbedingungen für unsere Landwirte wollen wir verbessern.
- b) Die FDP OWL hat Verständnis für die friedlichen und geordneten Proteste der Landwirtschaft in den letzten Wochen. Aus guten Gründen hat die Landwirtschaft das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit wahrgenommen. Ausdrücklich distanziert haben sich die Vertreter der heimischen Landwirtschaft von radikalen Trittbrettfahrern oder rechtswidrigen Nötigungen durch Blockaden. Die Proteste der Bauern sind auch dadurch in der Region auf großes Verständnis bei der Bevölkerung gestoßen.
- c) Landwirte sind Unternehmer, die auf eigenes Risiko ihre landwirtschaftlichen Betriebe führen, ihre Produkte weitestgehend am freien Weltmarkt vermarkten müssen und gerade in Zeiten des Klimawandels erschweren Wetterbedingungen ausgesetzt sind. Finanzielle Unterstützung bzw. Ausgleich erhalten sie dort, wo der Staat/die Gesellschaft besondere Leistungen von ihnen erwartet, sie zu besonderen Umwelt- und Naturschutzaufgaben verpflichtet oder offensichtliche Nachteile ausgleicht.
- d) Die Proteste der Landwirtschaft beruhen auch auf einer seit Jahrzehnten verfehlten Agrar-Politik auf Europa-, Bundes- und Landesebene. Landwirte müssen daher entlastet werden von (EU-) Bürokratie und Auflagen. Die

1 Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Europa müssen harmonisiert
2 werden, damit für alle gleiche Bedingungen im Wettbewerb gelten und
3 Standortnachteile für unsere heimischen Betriebe vermieden werden. Es darf
4 keine nationalen Einschränkungen z.B. bei der Zulassung von
5 Pflanzenschutzmitteln geben und Auflagen in Schutzgebieten sollten nur dann
6 möglich sein, wenn Schutzgebiets-Kategorien europaweit einheitlich sind.

7
8 Zum Beispiel sind zwei Drittel der Flächen in NRW Landschaftsschutzgebiete
9 (LSG) – eine Schutzkategorie, die es in den meisten EU Ländern nicht gibt.
10 LSG sollten bisher nicht die landwirtschaftliche Flächennutzung einschränken
11 und dürfen dafür auch in Zukunft nicht (von der EU) herangezogen werden.

12
13 e) Zu begrüßen ist es, dass bereits Änderungen im Baurecht und eine
14 Anpassung des Immissionsschutzrechtes für den Stallumbau erfolgt sind und
15 dass aus einem Bundesprogramm eine Milliarde Euro für den Umbau der
16 Tierhaltung bereitgestellt werden. Auch die Verlängerung der Zulassung von
17 Glyphosat in der EU ist ein positives Signal – es darf nur nicht national
18 einseitig in Deutschland eingeschränkt werden.

19
20
21 **Forderungen:**

22 Daher fordert die FDP in Ostwestfalen-Lippe Folgendes zur Unterstützung unserer
23 Landwirtschaft:

- 24
25 1. Ideen und die Kreativität von Landwirten und Ingenieuren brauchen politische
26 Unterstützung. Immer kleinteiligere Eingriffe in Betriebsabläufe lehnen wir ab. Die
27 Bürokratie und Regulierungsaufgaben haben ein für landwirtschaftliche Betriebe
28 unerträgliches Maß angenommen. Es ist auf allen Verwaltungsebenen eine
29 Entbürokratisierung vorzunehmen, die diesen Namen verdient. Wir haben das

1 Vertrauen gegenüber den Bürgern und Landwirten, dass sie sich
2 selbstverständlich und ohne andauernde Kontrolle an Gesetze und
3 Rahmenbedingungen halten.

4
5 2. Zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit braucht unserer Landwirtschaft weder
6 Subventionen noch andauernde staatliche Alimentierung, sondern faire
7 Rahmenbedingungen, Vertrauen und Ausgleich von Nachteilen oder besonders
8 zu erbringenden Leistungen.

9 3. Die Tarifglättung in der Besteuerung in der Landwirtschaft als mehrjährige
10 Ausgleichsfunktion ist (wieder) einzuführen.

11 4. Die Prüfung der Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, die
12 derzeit vom Bundesfinanzministerium unternommen wird, unterstützen wir.

13 5. Eine bessere Integration von alternativen Kraftstoffen (HVO usw.) und deren
14 steuerliche Berücksichtigung ist zu prüfen. Zum Beispiel sollte der Landwirtschaft
15 angeboten werden, dass Kraftstoffe mit hohem pflanzlichem Anteil (Bio-Diesel
16 und Pflanzenöl) steuerbegünstigt werden.

17 6. In Ostwestfalen-Lippe ist die Unterstützung der heimischen Landwirte zu
18 verbessern. Dazu gehören auch Projekte der TH OWL wie Hühnerei-
19 Geschlechtsfrüherkennung oder "Modellregion postfossile Mobilität" mit
20 Kraftstoffforschung (die auch landwirtschaftlich nutzbar sein sollte).

21 7. Die Kreise und die kreisfreie Stadt Bielefeld werden aufgefordert, die in ihrem
22 Verantwortungsbereich stehende Verwaltung, die mit Landwirtschaft, Bauen,
23 Natur und Umwelt befasst sind, auf Bürokratieabbau und
24 Verfahrensvereinfachungen zu überprüfen.

25 8. Genehmigungsverfahren im Bereich der Bauplanung und Errichtung sowie
26 Wiederherstellung von landwirtschaftlicher Infrastruktur sind zu beschleunigen.

27 9. In Ostwestfalen-Lippe soll ein besonderer Tag der Landwirtschaft/des ländlichen
28 Raumes gemeinsam mit Schulen, Landwirten und Bildungseinrichtungen
29 (Schulen/VHS/Hochschule) etabliert werden. Damit soll ein realistisches Bild der
30 modernen (konventionellen und ökologischen) Landwirtschaft gefördert werden.

31 An einem solchen Tag sollten auch Betriebsbesuche auf Höfen und zu

- 1 Verarbeitungsbetrieben, wie Zuckerfabrik, Öl- und Getreidemühlen oder
- 2 Schlachtereien, vermittelt werden.

A08: „Bahn in OWL“

Antragsteller: Rudolph Hüls, KV Lippe

Der FDP-Bezirksvorstand und alle Mandatsträger der Region werden aufgefordert, sich mit Nachdruck für die Stärkung des Nord-Süd-Bahnkorrodors (Emden-Rheine/Wilhelmshaven-Oldenburg-) Osnabrück - Bünde - Herford - Lage - Detmold - Warburg - Kassel-Wilh. (-Fulda - Münhhen / Frankfurt) einzusetzen. Dazu geört insbesondere der partiell zweigleisige Ausbau Kirchlengerm - Herford - Nieheim-Himmighausen und eine Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten.

Begründung:

Im Bereich der Autobahnen ist OWL - nicht zuletzt durch den tatkräftigen Einsatz unserer RP' Marianne Thomann-Stahl - zu einem leistungsfähigen Drehkreuz Nord-Süd und Ost-West geworden. Beim Schienennetz ist dies leider so nicht der Fall. Seit 1990 sind die gut angenommenen Verbindungen im Personenfernverkehr Osnabrück/Bielefeld - Kassel und weiter dem damaligen Interregio-Konzept der Deutschen Bahn zum Opfer gefallen. Seitdem hat es durch die DB einen umfänglichen Rückbau durch die Beseitigung von Kreuzungsmöglichkeiten gegeben (Oberbehme, Schötmar, Sylbach, Nienhagen). Für Rückbau waren bei der DB immer Mittel verfügbar. Dieser Trend muss im Zeichen der Verkehrswende umgekehrt werden. Davon könnte auch die verladende Wirtschaft (derzeit eher die "verladene" Wirtschaft) im Güterverkehr profitieren.

A09: „OWL als Freiheitszone für Bürokratieabbau“

Antragsteller: geschäftsführender Bezirksvorstand

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

OWL als Freiheitszone für Bürokratieabbau

Die FDP in Ostwestfalen-Lippe spricht sich dafür aus, Ostwestfalen-Lippe zu einer Freiheitszone für den Bürokratieabbau zu entwickeln.

Ziel ist es, in Ostwestfalen-Lippe modellhaft Maßnahmen zur befristeten Aussetzung von landes-, bundes- und europarechtlichen Regelungen zu erproben.

Gemeinsam mit Handwerk, Gewerbe, freien Berufen, Handel und Landwirtschaft sollen hierzu in der Region Vorschläge erarbeitet werden. Bundes- und Landesregierung sind aufgefordert, hierzu die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die OstWestfalenLippe GmbH soll als Koordinator in der Region dienen. Die Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe und die IHKen in Bielefeld und Detmold sollen eng eingebunden werden.

Begründung erfolgt mündlich.

A10: „Rücknahme der Sonderumlage“

Antragssteller: KV Höxter

Der FDP-Bezirksverband OWL möge beschließen:

Der FDP-Bezirksverband OWL fordert die vollständige Rücknahme der auf dem Bundesparteitag 2018 beschlossenen Sonderumlage.

Begründung

Die zu zahlende Sonderumlage hat nicht verhindert, dass wir bei den Landtagswahlen in Sachsen 2019, in Brandenburg 2019, in Hamburg 2020, in Niedersachsen 2022, im Saarland 2022, in Bayern 2023 und in Berlin 2023 nicht in die Landtage einziehen konnten. In andere Landtage konnten wir teilweise nur mit äußerst knappem Vorsprung einziehen bzw. hatten derbe Verluste hinzunehmen.

Hieraus ergibt sich, dass Wahlerfolge von der vor Ort gemachten Politik und nicht von Sonderbelastungen der Mitglieder bestimmt werden. Die Sonderumlage ist somit abzulehnen.

Auf dem Bundesparteitag der FDP 2015 wurde eine Satzungsänderung beschlossen, nach dem bis 2017 zeitlich befristet ein Sonderbeitrag von € 25/Mitglied und Jahr erhoben werden sollte. Die Verwendung sollte "Zur Finanzierung besonderer Aktivitäten oder Kampagnen der Partei, zeitlich befristet und der Höhe nach begrenzt durch den Bundesparteitag beschlossen werden" und bezog sich auf Landes- und Kommunalwahlkämpfe. Das Geld sollte dabei insbesondere den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zugutekommen.

Der Bundesparteitag 2017 hatte dann den Bundesvorstand beauftragt, eine Fortsetzung der Sonderumlage für Kampagnen – auch Solidarfonds genannt – zu prüfen. Auf mehreren Konferenzen der Landesschatzmeister und einer gemeinsamen Konferenz der Landesvorsitzenden und -schatzmeister wurde daraufhin beschlossen, die Befristung aufzuheben und eine unbefristete Sonderumlage einzuführen.

Auf Bundesparteitag 2018 erfolgte dann dahingehend eine erneute Satzungsänderung, dass die beitragsergebenden Gliederungen weiterhin und nun zeitlich unbegrenzt eine zweckgebundene Sonderumlage in Höhe von € 20/Mitglied und Jahr in einen Solidarfonds einzahlen sollen, der für die zentrale Kampagnenführung der Gesamtpartei bei Kommunal- und Landtagswahlen - nicht jedoch für bundesweite Wahlen - verwendet

- 1 werden darf. Die Sonderumlage wird nun jährlich zum 30. Juni fällig und wurde erstmals
- 2 2018 entrichtet.
- 3
- 4 Weitere Begründung mündlich.